

Obwohl sich der Großteil der jüdischen Überlebenden für die Auswanderung entschied, verblieb eine kleine Anzahl deutscher Juden im Land ihrer Verfolger – darunter viele ältere Menschen. In einigen westdeutschen Städten kam es daher bereits kurz nach Kriegsende nicht nur zur (Neu-)Gründung jüdischer Gemeinden, sondern auch zur Einrichtung jüdischer Altersheime. Diese boten sowohl den Überlebenden der Konzentrationslager als auch den aus der Emigration zurückgekehrten älteren Menschen Unterkunft. Nina Grabe unterzieht die Situation der Heime und der dort lebenden alten

Menschen erstmals einer näheren Betrachtung: Wie gestalteten sich der Heimalltag und die Aufnahmemodalitäten? In welcher Weise wirkte sich die Verfolgungsgeschichte der Bewohner auf ihre körperliche und psychische Gesundheit sowie auf das Zusammenleben und die Beziehungen zu den Mitbewohnern und dem Personal aus? Legten die Heim-Leitungen Wert auf die Einhaltung religiöser Bräuche und Speisevorschriften? Wie konnte vor dem Hintergrund des allgegenwärtigen Mangels an Pflegepersonal die pflegerische und medizinische Betreuung der Heimbewohner gewährleistet werden?

Ein freiwilliger Lebensabend im Land der Täter

Nina Grabe

Ein freiwilliger Lebensabend im Land der Täter

Die stationäre Versorgung älterer Juden und „rassisch“ verfolgter Christen in Westdeutschland (ca. 1945–1975)

Medizin, Gesellschaft und Geschichte
Beiheft 82

Institut für
Geschichte der Medizin
Robert Bosch Stiftung

ISBN 978-3-515-12990-9



9 783515 129909

www.steiner-verlag.de

Franz Steiner Verlag

82



Franz Steiner Verlag

Grabe





Medizin, Gesellschaft und Geschichte

Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung

Gegründet von

ROBERT JÜTTE

Herausgegeben von

MARION BASCHIN

Beiheft 82

Nina Grabe

EIN FREIWILLIGER LEBENSABEND IM LAND DER TÄTER

Die stationäre Versorgung älterer Juden und „rassisch“
verfolgter Christen in Westdeutschland (ca. 1945–1975)

Franz Steiner Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Robert Bosch Stiftung GmbH

Umschlagabbildung: Neubau des Altersheims der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz in Neustadt/Pfalz. Quelle: Zentralarchiv zur Geschichte der Juden, Heidelberg (ZAH) Bestand: ZAH, B. 1/40, Nr. 387 (Fotosammlung)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2022

Layout, Satz und Herstellung durch den Verlag

Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-12990-9 (Print)

ISBN 978-3-515-12992-3 (E-Book)

Inhalt

1. Einleitung	7
1.1 Quellenlage	10
1.2 Untersuchungszeitraum	11
1.3 Forschungsstand	11
2. Der Neubeginn jüdischen Lebens nach 1945 und die Gründung jüdischer Altersheime	13
3. Rassistisch verfolgte Christen und die Einrichtung von Altersheimen für rassistisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens	16
3.1 Altersheime für rassistisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens	17
4. Die Unterstützung der Überlebenden durch Hilfsorganisationen und Interessengemeinschaften	19
4.1 Heimträger	24
5. Die Altersheime für rassistisch Verfolgte jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft	27
5.1 Wer zog in die hier untersuchten Altersheime?	27
5.2 Bewerbungsmodalitäten	37
5.3 Aufnahmebedingungen	40
5.4 Abnahme der Bewohnerzahlen	47
6. Die Heimbewohner	49
6.1 Die Alterszusammensetzung der Heimbewohner	49
6.2 Geschlechterverhältnis	52
6.3 Gesundheitszustand der Heimbewohner	53

7. Betreuung der Heimbewohner	60
7.1 Pflegerische Betreuung	60
7.2 Ärztliche Versorgung	66
7.3 Beerdigungsmodalitäten und Nachlass	68
7.4 Verpflegung	71
8. Das Heimmilieu	81
8.1 Feiertage	83
8.2 Freizeit	90
8.3 Konflikte	93
8.4 Hausordnungen	103
9. Ausstattung und räumliche Bedingungen	106
10. Finanzielle Aspekte	117
10.1 Finanzierung der Heime	117
10.2 Finanzierung des Heimaufenthalts	127
10.3 Rückerstattung von Eigentum	137
11. Personal	140
12. Zusammenfassung	155
Bibliographie	163
Archivalische Quellen	163
Literatur	164
Online-Quellen	173
Abkürzungen Fußnoten	175

1. Einleitung

Nach Kriegsende lebten in den vier Besatzungszonen von Deutschland nur noch etwa 10.000 bis 20.000 deutsche Juden,¹ darunter sowohl die Überlebenden der innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 errichteten Konzentrationslager als auch Personen, die ihrer Deportation in einem Versteck oder mit Hilfe ihrer nichtjüdischen Angehörigen hatten entkommen können.² Hinzu kamen etwa 9.000 aus Konzentrationslagern außerhalb Deutschlands zurückgekehrte Juden deutscher Herkunft.³ Zu diesen gehörten ebenfalls Menschen, die aufgrund ihrer „arischen“ Ehepartner erst in den letzten Kriegsmonaten – überwiegend nach Theresienstadt – deportiert worden waren und somit vergleichsweise gute Überlebenschancen besessen hatten.⁴ Der Vernichtung entkommen waren – wie später näher erörtert wird – außerdem viele „rassisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens“, bei denen es sich zumeist um Christen handelte. Zudem kehrten bereits in den ersten Nachkriegsjahren Juden und Christen jüdischer Herkunft aus dem ausländischen Exil nach Deutschland zurück.⁵ Ihre Anzahl fiel insgesamt betrachtet aber gering aus und lag bei höchstens vier Prozent.⁶

1 Lorenz (2002), S. 8; Brenner (2007). Auch nach Angaben des Vorsitzenden der Gemeindeabteilung im „Zentralkomitee der befreiten Juden in der britischen Zone“, Norbert W., belief sich die Anzahl der in Deutschland lebenden Juden deutscher Herkunft im Jahr 1947 auf etwa 18.000 bis 20.000 Personen: Lorenz (2002), S. 9. Im folgenden Text wird zwecks einfacheren Leseflusses die grammatikalisch männliche Form verwendet. Wenn nicht extra erwähnt, sind aber immer alle Geschlechter mitgedacht.

2 Beispielsweise hatten sich in Hannover vorwiegend in „Mischehen“ lebende Juden retten können. Zusammen mit den Christen jüdischer Herkunft, die nur durch die nationalsozialistischen Rassengesetze zu Juden erklärt worden waren, lag die Anzahl der Überlebenden nach Kriegsende bei etwa hundert Personen: Quast (1997), S. 56; Lorenz (2002), S. 9. Vgl. auch Brenner (2007).

3 Lorenz (2002), S. 9.

4 Etwa 3.500 Überlebende kehrten 1945 aus dem tschechischen Konzentrationslager Theresienstadt zurück, das insgesamt die geringste Anzahl an Todesopfern verzeichnete. Im Vergleich dazu hatten nur etwa 1.500 Juden Lager wie Auschwitz, Buchenwald oder Bergen-Belsen überlebt: Lorenz (2002), S. 9. Vgl. auch Kugelmann (1992), S. 349.

5 Vgl. verschiedene Beiträge in Lühe/Schildt/Schüler-Springorum (2008).

6 Büttner (2008), S. 66. Im Jahr 1947 wurde die Anzahl der Rückkehrer noch auf höchstens 200 Personen geschätzt: Lorenz (2002), S. 9. Durch die Einreise weiterer Rückkehrer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird in der Forschung von einer Gesamtzahl von etwa 9.000 bis 18.000 ausgegangen, d. h. ein An-

Da in der nationalsozialistischen Rassenideologie der „Grad“ des „Jüdischseins“ eine entscheidende Rolle gespielt hatte, waren die Überlebenschancen für „Volljuden“ weitaus geringer ausgefallen als für die „jüdischen Mischlinge“, die mit einem Nichtjuden verheirateten Juden sowie die Christen jüdischer Abstammung. Dem „Reichsbürgergesetz“ von 1935 zufolge wurde demjenigen der Status eines „Volljuden“ zugesprochen, der drei jüdische Großeltern besessen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehört hatte oder mit einem „Volljuden“ verheiratet gewesen war.⁷ Als „jüdische Mischlinge“ wurden Personen definiert, die – als „Mischlinge zweiten Grades“ bzw. „Vierteljuden“ – von einem „volljüdischen“ Großelternteil abstammten.⁸ Zu den „Mischlingen ersten Grades“ bzw. „Halbjuden“ hatten diejenigen Menschen gezählt, die über zwei „volljüdische“ Großelternteile verfügten.⁹ „Mischlingen“, die sich nicht zur jüdischen Religion bekannt und zudem einen nichtjüdischen Ehepartner geheiratet hatten, war durch das „Reichsbürgergesetz“ das „vorläufige Reichsbürgerrecht“ zugesprochen,¹⁰ „Volljuden“ hingegen die Staatsbürgerschaft entzogen worden.¹¹

Bis in die 1950er Jahre hinein stellten die osteuropäischen „Displaced Persons“ (DPs) den größten Anteil der in den westlichen Besatzungszonen lebenden Juden.¹² Seit Mitte der 1940er Jahre suchten darüber hinaus immer mehr Juden aus Osteuropa aufgrund der dort – besonders in Polen – stattfindenden antisemitischen Verfolgungen Schutz in Westdeutschland.¹³ Sowohl die KZ-Überlebenden als auch die osteuropäischen jüdischen Flüchtlinge betrachteten ihren Aufenthalt in Deutschland aber meist nur als eine Übergangslösung vor der geplanten Auswanderung.¹⁴ Diese verzögerte sich jedoch häufig bis weit in die 1950er Jahre hinein, zumal sich der Staat Israel erst im Jahr 1948 gründete und die strengen Einwanderungsgesetze der USA ebenfalls eine

teil von etwa 3,3 bis höchstens 6,7 Prozent: Borch-Nitzling (2006), S. 2, 104. Vgl. auch Aschkenasi (2014). Im Vergleich dazu war der Anteil der politischen Flüchtlinge unter den nach Deutschland Zurückkehrenden wesentlich höher: Borch-Nitzling (2006), S. 104.

⁷ Vgl. Meyer (2002), S. 96 ff.; Meyer (2012).

⁸ Tent (2007), S. 26 ff.

⁹ Tent (2007), S. 27 f.; Meyer (2002), S. 96 ff.

¹⁰ Tent (2007), S. 37; Asmuss (2015).

¹¹ Tent (2007), S. 37.

¹² Lorenz (2002), S. 10. Vgl. zur Situation der DPs u. a. Jacobmeier (1983); Königseder/Wetzel (1994); Schoeps (2001).

¹³ Vgl. z. B. Kugelman (1992), S. 349 f. Bei diesen Flüchtlingen handelte es sich z. T. um ehemalige KZ-Häftlinge osteuropäischer Herkunft und DPs, die nach Kriegsende in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, diese nun aber wieder verlassen mussten: Brenner (2007). Durch den Zuzug von osteuropäischen Juden lebten im Sommer 1947 etwa 182.000 Juden in Westdeutschland, die zu 80 Prozent polnischer Herkunft waren und überwiegend in der amerikanischen Besatzungszone Unterkunft fanden. In der britischen Zone waren es ca. 23.000, in der französischen Zone 3.000 und in Westberlin ca. 9.000 Juden: Dietrich (1998), S. 33.

¹⁴ Z. B. Scheller (1992), S. 142.

Hürde darstellten.¹⁵ Selbst Personen, die sich nach ihrer Befreiung aktiv in den neu gegründeten jüdischen Gemeinden engagierten, entschieden sich nicht selten gegen einen dauerhaften Verbleib in Deutschland.¹⁶ Letztendlich entschloss sich lediglich eine kleine Gruppe von deutschen Juden zu einem Leben im Land ihrer ehemaligen Verfolger. Zumeist waren es Menschen, die entweder als „Mischlinge“, aufgrund ihres nichtjüdischen Ehepartners oder durch eine Flucht ins Ausland ihrer Ermordung entgangen waren und sich bereits in einem höheren Lebensalter befanden.¹⁷ Unter den Überlebenden der Konzentrations- bzw. Vernichtungslager fiel der Anteil der über 60-Jährigen hingegen extrem gering aus.¹⁸ Zwar fehlte den in Deutschland bleibenden Juden oft einfach nur die Kraft für einen Neuanfang im Ausland; zugleich fühlten sich aber insbesondere ältere Menschen ihrem Herkunftsland bzw. dessen Sprache und Kultur noch immer so eng verbunden, dass eine Auswanderung für sie nicht in Frage kam.¹⁹ Die überwiegende Mehrheit der freiwillig in Deutschland verbleibenden Juden entschied sich für ein Leben in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik. Da sich die deutschen Juden in besonderer Weise um eine Wiederbelebung des nahezu komplett ausgelöschten jüdischen Lebens in Deutschland bemühten, kam es bereits kurz nach Kriegsende zur Gründung der ersten jüdischen Gemeinden.²⁰ Bedingt durch den hohen Anteil an älteren und sich oft in einer schlechten gesundheitlichen Verfassung befindenden Mitgliedern beschäftigten sich die Gemeinden schon in den ersten Monaten nach ihrer Gründung mit der Errichtung von Altersheimen.²¹ Demzufolge konnten in mehreren deutschen Großstädten bereits kurz nach Kriegsende die ersten Heime für jüdische Überlebende eröffnet werden. Mitte der 1950er Jahre fungierten sogar schon 14 der insgesamt 16 nach dem Krieg gegründeten jüdischen Fürsorgeeinrichtungen in der Bundesrepublik als Altersheime.²²

15 Scheller (1992), S. 142. Trotz aller Schwierigkeiten gelang im Zeitraum von 1945 bis 1951 bzw. 1952 allein über 200.000 bzw. 52.000 jüdischen DP's die Auswanderung nach Israel bzw. in die USA. Zurück blieben die „hard-core-Fälle“, d. h. kranke und alte Menschen, für die eine Auswanderung kaum noch in Frage kam: Dietrich (1998), S. 38 f. Zur Versorgung älterer DP's in Deutschland vgl. Grabe (2020).

16 Vgl. Dietrich (1998), S. 114; Bergmann (2008), S. 19 f.

17 Scheller (1992), S. 144; Kugelmann (1992), S. 349 f.; Tent (2007).

18 Kugelmann (1992), S. 349.

19 Kugelmann (1992), S. 350; Quast (2001), S. 69, 80; Quast (1997), S. 65. Juden, die während des Nationalsozialismus von Nichtjuden geschützt worden waren, blieben z. T. auch aus Loyalität gegenüber ihren Rettern in Deutschland: Lavsky (1997), S. 206.

20 Vgl. z. B. Maor (1961); Heinsohn (2008), S. 80.

21 Beispielsweise waren in den 1950er und 1960er Jahren in Hamburg ca. 40 Prozent der Mitglieder der jüdischen Gemeinde älter als 56 Jahre: Büttner (1997), S. 79.

22 Föcking (2003), S. 247; Quast (2001), S. 53; Hammerschmidt (2005), S. 331.

Auch für rassistisch verfolgte Christen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft ebenfalls von Vernichtung betroffen waren, wurden ab den frühen 1950er Jahren eigene Altersheime, v. a. in evangelischer Trägerschaft, errichtet.²³

Die folgende Untersuchung bietet einen exemplarischen Überblick über die Situation der nach Kriegsende in Westdeutschland eingerichteten Altersheime für die überlebenden deutschen Juden und rassistisch Verfolgten nichtjüdischen Glaubens. Dabei wird verschiedenen Fragen nachgegangen, wobei der Fokus auf den Heimbewohnern liegt. Unter anderem sollen deren Gründe für den freiwilligen Verbleib in Deutschland bzw. die dorthin erfolgte Rückkehr erörtert werden. Von Interesse sind zudem die gesundheitliche Situation der alten Menschen sowie das Heimmilieu. Inwieweit unterschied sich der Alltag in einem jüdischen bzw. von NS-Opfern bewohnten Heim von demjenigen in anderen deutschen Altersheimen? Wie gestaltete sich das in immer mehr jüdischen Heimen praktizierte Zusammenleben von Juden und Nichtjuden bzw. Nichtverfolgten?

Die in dieser Untersuchung im Mittelpunkt stehenden Altersheime eignen sich sowohl aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten als auch ihrer unterschiedlichen Entwicklung als gute Beispiele für die Situation der bis 1960 in Westdeutschland errichteten Altersheime für jüdische Überlebende deutscher Herkunft. Die stationäre Versorgung von rassistisch Verfolgten nichtjüdischen Glaubens soll anhand des zu Anfang der 1960er Jahre eröffneten evangelischen „Altersheims Heilsberg“ erörtert werden.

1.1 Quellenlage

Die Quellen zu den nach Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der Bundesrepublik gegründeten jüdischen Altersheimen finden sich vorwiegend im „Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden“ in Heidelberg. Für diese Untersuchung wurde – exemplarisch – umfangreiches Quellenmaterial zu den jüdischen Heimen in Essen-Werden, Hannover und Neustadt in der Pfalz²⁴ ausgewertet. Vereinzelt fanden sich auch zu den jüdischen Altersheimen in Aachen, Dortmund, Hamburg und Bremen. Im Staatsarchiv Hamburg gibt es ebenfalls – sehr wenige – Akten zum 1945 eingerichteten Altersheim der dortigen jüdischen Gemeinde.

²³ So in Berlin, Scherfede und Bad Vilbel: <https://www.diakonissenhaus.de/altenhilfe-und-hospize/pflegeeinrichtungen/grueber-haeuser-berlin-zehlendorf/geschichte/>; <http://www.haus-phoebe.de/>; <https://www.altenzentrum-heilsberg.de/unser-haus/geschichte>.

²⁴ Da in den Quellen zumeist „Neustadt in der Pfalz“ zu finden ist, wird im Folgenden diese Bezeichnung verwendet. Offiziell heißt die Stadt „Neustadt an der Weinstraße“ bzw. (bis 1936 und von 1945 bis 1950) „Neustadt an der Haardt“.

Die Unterlagen zum evangelischen Altersheim für rassisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens, das Anfang der 1960er Jahre in Bad Vilbel eröffnet wurde, konnten im „Archiv der Evangelischen Landeskirche in Hessen und Nassau“ in Darmstadt eingesehen werden.

1.2 Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum liegt zwischen 1945 und etwa 1975. In dieser Zeit begann sich nach und nach ein neues jüdisches Leben in Westdeutschland herauszubilden, das stark von den Überlebenden des Holocaust geprägt war. Dies galt gleichfalls für die hier untersuchten Altersheime in Hannover, Essen-Werden und Neustadt in der Pfalz, die in den Jahren zwischen 1948 und 1960 gegründet wurden. Der Bau des Altersheims für rassisch verfolgte Christen in Bad Vilbel erfolgte erst im Jahr 1961, d. h. 16 Jahre nach Kriegsende. Aufgrund der guten Quellenlage, die z. B. Vergleiche zwischen den genannten Einrichtungen ermöglicht, liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf den 1950er und 1960er Jahren. Den zeitlichen Endpunkt bildet das Jahr 1975. So nahm die Anzahl der im Fokus stehenden Heimbewohner jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft ab den 1970er Jahren deutlich ab. Da nun vermehrt nichtjüdische Bewerber aufgenommen werden mussten, kam es jedoch zu einer erheblichen Veränderung des Heimmilieus.

1.3 Forschungsstand

Zur Situation der deutschen Juden nach dem Holocaust existieren bereits zahlreiche Untersuchungen.²⁵ Dies gilt ebenfalls für die freiwillig aus dem ausländischen Exil nach Deutschland zurückkehrenden Personen.²⁶ Auch die Geschichte des Alters sowie der stationären Betreuung alter Menschen steht im Fokus verschiedener Publikationen,²⁷ darunter auch Arbeiten, die sich aus historischer und aktueller Perspektive speziell mit der jüdischen Sicht auf das Alter auseinandersetzen.²⁸ Zur jüdischen Pflegegeschichte der Vorkriegszeit sind in den letzten Jahrzehnten ebenfalls verschiedene Forschungs-

²⁵ Vgl. u. a. Büttner (1986); Brenner (1995); Gay (2001); Kauders (2008); Grossmann (2012). Zu Hannover u. a. Lavsky (1997).

²⁶ Z. B. Krauss (2001). Zudem mehrere Beiträge in Lühe/Schildt/Schüler-Springorum (2008); Borch-Nitzling (2006); Aschkenasi (2014).

²⁷ Imhof (1981); Conrad/Kondratowicz (1993); Göckenjan (2007); Ehmer/Höffe (2009); Irmak (2002); Grabe: Die stationäre Versorgung (2016).

²⁸ Z. B. Ben-Chorin (2019); Heinzmann (2019); Radbil (2019). Vgl. auch weitere Beiträge in Probst (2019); Probst (2017). Zur jüdischen Wohlfahrtspflege: Heuberger/Spiegel (1992). Vgl. auch Hammerschmidt (2005); Lange (2008), S. 40 ff.

arbeiten und -projekte entstanden, die sich z. T. auch der Altenpflege widmen.²⁹ Weit weniger Beachtung fanden bislang hingegen die Entwicklung der jüdischen Altenpflege und die Situation der jüdischen Altersheime in Westdeutschland nach 1945.³⁰ Die stationäre Versorgung alter Menschen in jüdischen Institutionen der Vor- und Nachkriegszeit wird außerdem in einzelnen Arbeiten thematisiert.³¹ Umfassend erörtert wird in der Forschung zudem die psychische Situation der zumeist schwer traumatisierten Holocaust-Überlebenden.³²

Insgesamt betrachtet stellt die Betreuung der freiwillig in Deutschland verbliebenen deutschen Juden höheren Lebensalters aber in vielen Aspekten noch immer ein Forschungsdesiderat dar. Dies gilt ebenfalls für die in den 1950er und 1960er Jahren errichteten Altersheime für die ehemals rassistisch Verfolgten nichtjüdischen Glaubens, die sich vorwiegend in christlicher bzw. evangelischer Trägerschaft befanden.

²⁹ Zur jüdischen Pflegegeschichte: Steppe (1997); Ulmer (2009); Seemann: Judentum und Pflege (2017).

³⁰ Eine Ausnahme bilden verschiedene Aufsätze, die z. B. im Rahmen des Frankfurter Forschungsprojekts „Jüdische Pflegegeschichte“ erstellt wurden. Das Projekt wird durchgeführt von der Frankfurt University of Applied Sciences: <https://www.juedische-pflegegeschichte.de>.

³¹ Vgl. z. B. Heldt u. a. (2006); Sostmann (2008). Zum „Jüdischen Altersheim Hannover“: Grabe: Die stationäre Versorgung (2016).

³² Vgl. u. a. Eitingen/Krell/Rieck (1985). Speziell zur Altenpflege u. a. Weitzel-Polzer (2002); Leonhard (2005); Kellermann (2006); Liebermann (2006); Staszewski (2019); Teshuva (2010).